

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS und Dr. Robert TILLMANN S

Herausgegeben von Dr. Gerhard SCHRÖDER, Bundesminister des Innern
und Oberkirchenrat Adolf CILLIEN, Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In Verbindung mit Ernst BÄCH • Pfarrer Alfons KREUSSEL • Kultusminister Edo OSTERLOH
Bürgermeister Hermann SCHNEIDER, MdB • Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth SCHWARZHAUPT, MdB
Staatssekretär Dr. Walter STRAUSS

5. Jahrgang, Nummer 9

Postverlagsort Bonn

Bonn, im September 1957

INHALT

DIE ENTSCHEIDUNG DES 15. SEPTEMBER von Gerhard Schröder	S. 1
BEKENNTNIS ZU EINER CHRISTLICHEN POLITIK von Kai-Uwe v. Hassel	S. 2
JA — CHRISTLICH! von Kurt Rehling	S. 5
„... DASS KIRCHE WIRKLICH KIRCHE BLEIBT“ Stimmen zum Fall Heinemann	S. 6
DOKUMENTE DER UNKLARHEIT Der Zick-Zack-Kurs der SPD-Politik	S. 8
WEN DIE KOMMUNISTEN FÜRCHTEN	S. 9
KOMMUNISTISCHE WAHLHILFE — ABGELEHNT UND DOCH ERWÜNSCHT	S. 10
DAS CHRISTLICHE IN DER SPD	S. 10
NEUE SCHIKANEN DER SED GEGEN DIE EVANGELISCHE KIRCHE	S. 10
„DER FRIEDE GOTTES ALS DIE KRAFT DES WEHRHAFTEN MANNES“ Aus einem Vortrag Martin Niemöllers im Jahre 1935	S. 11

DIE ENTSCHEIDUNG DES 15. SEPTEMBER

von Bundesminister des Innern Dr. Gerhard Schröder

Die Entscheidung über den nächsten Bundestag und die künftige Bundesregierung steht dicht vor uns.

Die Politik, für die die CDU/CSU eintritt, läßt sich in vier Grundsätzen zusammenfassen. Der erste bestimmt die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Wir sind überzeugt, daß freie Menschen in einer freien Wirtschaft zu größeren Leistungen und Erfolgen befähigt sind, als Menschen, die in einer Wirtschaft unter einem sozialistischen oder gar kommunistischen Vorzeichen arbeiten müssen. Zum freien Menschen gehört persönliches Eigentum. Freiheit und Eigentum sind unauflöslich mit-

einander verknüpft. Deswegen fordern wir, daß beim künftigen Aufbau unserer Wirtschaft Eigentum für jeden erstrebt und geschaffen werden muß. Nur eine Wirtschaft, in der die gesamte Erzeugung ständig steigt und in der die Ergiebigkeit der Arbeit jedes einzelnen ständig wächst, kann den Lebensstandard der breiten Schichten weiter heben, wie das unter unserer Führung bisher von Jahr zu Jahr geschehen ist. Diesen Kurs wollen wir fortsetzen. Sozialistische Experimente wären nichts weiter als ein Sprung ins Ungewisse, ein Abschwanken auf einen Weg, der in der Sackgasse der Verelendung enden müßte.

Der zweite Grundsatz bestimmt die Außenpolitik. Jeder Deutsche muß sich einprägen: Nichts wäre verhängnisvoller, als wenn wir noch einmal einen Alleingang in der Weltpolitik antreten würden. Unsere wirkliche Chance ist, im Bündnis mit den Völkern der freien Welt ein zuverlässiger Partner zu sein. Nur dann können wir mit verlässlichen und starken Freunden rechnen, wenn wir selbst uns als redlicher Partner bewähren. In 8 Jahren hat die Bundesregierung ein weltweites Vertrauen errungen. Dieses Kapital darf nicht leichtsinnig verschleudert werden. Wir würden aber das Vertrauen der freien Welt verlieren, wenn wir zu der Schaukelpolitik übergehen wollten, die offenbar unseren sozialdemokratischen Gegnern vorschwebt.

In der Innenpolitik — und das ist der dritte Grundsatz — leitet uns die Erkenntnis, daß zu einer Regierung Autorität gehört. Freiheit und Sicherheit aller Bürger können nur garantiert werden durch eine kraftvolle Regierung auf stabiler parlamentarischer Grundlage. Nichts wäre gefährlicher, als die Regierung zum Spielball kleiner parlamentarischer Gruppen zu machen. Das Zünglein an der Waage, das manche gern spielen möchten, entwertet die Entscheidung, die die Mehrheit der Wähler am Wahltag trifft. Daß eine kleine Gruppe das Steuer nach ihrem Belieben in diese oder jene Richtung drehen kann, widerspricht den Gesetzen einer gesunden parlamentarischen Demokratie und kündigt Verfallserscheinungen an.

Der vierte Grundsatz ist dieser: Ein wirklich neu gestaltendes Element der deutschen Politik seit 1945 ist der Zusammenschluß von Politikern beider Konfessionen zur gemeinsamen Arbeit für Volk und Vaterland.

Diese Zusammenarbeit hat sich als eine feste und ausgleichende Kraft beim Neuaufbau nach der Katastrophe von 1945 erwiesen. Der Zusammenschluß ist unseren Gegnern ein Dorn im Auge. Sie wollen diesen Ausgleich der Konfessionen nicht. Sondern sie wollen den unglückseligen konfessionellen Hader wieder beleben, an dem Deutschland in der Vergangenheit schwer gelitten hat. Die Wortführer in diesem Streit stehen zum Teil selbst außerhalb der Kirchen. Die deutsche Bevölkerung dagegen gehört zu 97 % den beiden großen christlichen Konfessionen an. Speziell bei den Funktionären der Sozialdemokraten sieht das ganz anders aus.

Diese vier Grundsätze sind auch die sicherste Grundlage für eine erfolgreiche Wiedervereinigungspolitik. Wir haben einen besonders guten Kompaß dafür, ob wir auf dem richtigen Wege sind. Das ist die Zustimmung unserer Landsleute in der Sowjetzone. Sie wissen dort drüben, daß nichts schlimmer wäre, als wenn wir hier von unserem klaren Kurs abwichen und einen Prozeß der Aufweichung zuließen. Die Herren im Kreml und ihre Statthalter in Pankow sähen nichts lieber als eine weichere Bundesregierung. Deshalb erregt die von der SPD betriebene Aufweichungspolitik gerade bei unseren Landsleuten in der Sowjetzone große Besorgnisse, wie wir aus zuverlässigen Berichten wissen. Wir sind noch keineswegs über den Berg. Und gerade deshalb brauchen wir am 15. September jede Stimme, damit die CDU/CSU die Politik des deutschen Wiederaufstiegs und der deutschen Wiedervereinigung mit neuer Kraft betreiben kann.

BEKENNTNIS ZU EINER CHRISTLICHEN POLITIK

von Ministerpräsident Kai-Uwe v. Hassel

Stellvertretender Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Union

Wir stehen in diesen Tagen in einem für die Zukunft unseres Volkes entscheidenden Wahlgang — entscheidend, weil der Dritte Deutsche Bundestag, wenn nicht alle Vorzeichen trügen, vornehmlich über Fragen zu entscheiden haben wird, die die Grundlagen unserer volklichen und staatlichen Existenz berühren. Ich glaube, hierüber sind sich alle Parteien, die an diesem Wahlgang beteiligt sind, einig.

Wir stehen in diesem Wahlgang als eine demokratische Partei, die sich „christlich“ nennt und sich bewußt ist, welche hohe Verantwortung sie damit übernommen hat. Und schon allein diese Tatsache hat den erbitterten Widerspruch unserer innenpolitischen Gegner herausgefordert. Dieser Vorgang bedarf des Nachdenkens. Wir nennen uns nicht erst heute, sondern seit der Gründung der Union „christlich“. Damals hat — wenn ich recht sehe — niemand an dieser Namensgebung Anstoß genommen. Wenn das aber heute der Fall ist, wird es darauf ankommen, zu untersuchen, welche Veranlassung denn für unsere Gründer bestand, der politischen Gemeinschaft, zu der sie sich zusammenfanden, den Namen einer christlichen Partei zu geben.

Im Jahre 1945 brach ein Staat zusammen, der von Männern geführt wurde, die der Autonomie des Menschen, also auch der des Gesetzgebers, keine Grenzen setzten. Von letzter Verantwortung freies Zweckdenken war diesen Technikern der Macht zur alleinigen Maxime der Gesetzgebung geworden. Der Begriff des „Ewigen“ war säkularisiert, d. h. aus allen metaphysischen Bindungen gelöst, und wurde als politisches Schlagwort mißbraucht — bis dieses ganze Kartenhaus menschlicher Anmaßung hörbar, sichtbar und vor allem für uns alle schrecklich fühlbar zusammenbrach.

In diesen dunklen Stunden der Nation legten Männer und Frauen — unsere Gründer — die Hand an den Pflug, um den Boden für einen neuen Staat aufzubereiten. Sie hatten schon in der Zeit des nationalsozialistischen Diktators, dessen verderblicher Führung sie sich — vielfach unter Einsatz ihres Lebens — vergeblich entgegengeworfen hatten, erkannt, wohin es führt, wenn Staat und Volk das Gesetz der Ehrfurcht mißachten. In ihnen lebte das Bewußtsein, daß ein Volk, wenn es nicht Masse werden will, in dieser Welt nur bestehen wird, wenn seine Führung sich in ihrem Gewissen gebunden weiß und sich unter die Majestät des Herrn der Geschichte beugt in unwandelbarer Achtung vor dem Leben und vor der Rechtssphäre aller Glieder des Volkes. Diese Demut und diese Achtung sind aber das ureigenste Anliegen christlicher Ethik, die sich — so meinten unsere Gründer — widerspiegeln muß in einer christlichen Politik der rechtsstaatlichen Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit. Sie gewährleistet unseren Kirchen die erforderliche Freiheit für ihre Verkündigung und für die ungehinderte Ausübung ihres Öffentlichkeitsauftrages.

Weil sich unsere Gründer einer solchen Politik verpflichtet wußten, drängte es sie, der Gemeinschaft, der sie dienen wollten, den Namen einer christlichen Partei zu geben. Diese Namensgebung sollte einmal für sie selbst Mahnung und Verpflichtung sein, sich immer wieder zu prüfen, ob all ihr Tun und Handeln vor den Forderungen der christlichen Ethik bestehen könne. Sie sollte aber auch warnender Ruf an unser Volk sein, sich in dem Ansturm der materialistischen Kräfte unserer Umwelt zu bewähren.

Und heute, und zwar gerade in diesem Wahlkampf, ist es — wie ich bereits eingangs sagte — soweit gekommen, daß man uns, die wir in der Gemeinschaft und in der Nachfolge unserer Gründer am Werke sind, die von ihnen als Bekenntnis gewählte Namensgebung vorwirft und als anmaßendes „Pharisäertum“ verdächtigt. Man unterstellt uns: damit, daß wir das Wort „christlich“ in unserem Namen führten, diffamierten wir andere Parteien, die dies nicht täten, als „nichtchristlich“. Dabei werden wir nicht müde, immer wieder zu erklären, daß wir uns von Herzen freuen, wenn wir auch in anderen Parteien Menschen begegnen, die mit uns in der gleichen Bindung des Gewissens stehen.

Und ein weiteres: Unsere innenpolitischen Gegner wenden sich an unsere evangelischen Wähler und versuchen, sie mit dem Hinweis abzuwerben, die CDU sei eine „katholische Partei“. Der sogenannte evangelische Flügel werde von der katholischen Führung der Partei lediglich als lästiges Anhängsel empfunden.

Hierzu ist zunächst zu sagen, daß wir dankbar dafür sind, daß in der Zusammenführung katholischer und evangelischer Christen in der CDU der unseligen konfessionellen Spaltung im politischen Leben unseres Volkes ein Ende bereitet worden ist. Dieser Zusammenschluß hat sich als starke gemeinschaftsbildende Kraft bewährt — eine Kraft, die eben in der christlichen Ethik wurzelt und auf dem Wege zu einer politischen und sozialen Neuordnung wirksam wird. Dabei hat die Erfahrung in der politischen Zusammenarbeit mit anderen Parteien gelehrt, daß es weitaus schwieriger ist, mit den völlig säkularisierten Kräften unseres Volkes eine gemeinsame Plattform politischen Handelns zu finden.

Und nun kommen Stimmen, ausgerechnet aus dem Lager derjenigen, die sich weithin zu keiner christlichen Konfession bekennen, oder von Christen etwa der bisherigen „Gesamtdeutschen Volkspartei“, die sich unter Führung von Herrn Dr. Heinemann diesen Stimmen zuordnen, und zeigen sich um uns evangelische Christen in der CDU besorgt: wir könnten dem katholischen Übergewicht erliegen. Glaubt man im Ernst, daß so profilierte bekennnistreue evangelische Christen wie Hermann Ehlers und Robert Tillmanns auch nur eine Stunde in der CDU mitgearbeitet hätten, wenn sie hätten befürchten müssen, ihre evangelische Substanz könne in der Zusammenarbeit mit unseren katholischen Brüdern und Schwestern Schaden erleiden? Nein, diese „Fürsorge“ trägt zu sehr den Stempel politischen Spaltungswillens, als daß sie glaubwürdig erschiene und überzeugen könnte.

Nun, auch bei uns im norddeutschen Raum gibt es politische Kräfte außerhalb der CDU, die versuchen, mit einem „antikatholischen Komplex“ Unruhe in unsere Reihen zu tragen, und politische Enthaltsamkeit predigen, mit dem Hinweis, daß an der Spitze des

Bundes und der CDU zu viele Katholiken stünden. Wenn diese Kritiker wenigstens bewußte Protestanten wären! Aber sie sind nur stark in der Negation und in der Verurteilung, sehr schwach dagegen im eigenen Bekenntnis und in der Tat, die diesem Bekenntnis zu folgen hat. Würde der evangelische Christ sein Heil in einer solchen negativen Kritik suchen, würde er allerdings ohne Einfluß bleiben. Er würde ein Vakuum im politischen Raum erzeugen und nicht fähig sein, das Hineinströmen fremder und unerwünschter Kräfte in dieses Vakuum zu verhindern.

Wir sind dieser Kritik dadurch begegnet, daß wir unsere evangelischen Landsleute aufgefordert haben, sich jetzt erst recht als verantwortungsbewußte Christen zu bewähren und sich hineinzuwagen in Mitwirkung und Mitbestimmung. Unsere evangelischen Freunde haben uns wohl verstanden und erfahren, daß in der CDU evangelische und katholische Christen in Gemeinsamkeit und Freundschaft hervorragend zusammenstehen. Die Verantwortung in der Leitung der Union ist gewiß nicht nach den Gesetzen einer Zahlenarithmetik aufgeschlüsselt. Aber es ist nur natürlich, wenn in überwiegend evangelischen Landesteilen die Männer und Frauen, die in der Leitung der CDU oder in ihrer parlamentarischen Vertretung tätig sind, überwiegend evangelischen Bekenntnisses, in überwiegend katholischen Landesteilen überwiegend katholischen Bekenntnisses sind. So arbeitet im Vorstand des Landesverbandes der CDU in Schleswig-Holstein, den ich zu leiten die Ehre habe, ein Katholik mit, und in der CDU-Fraktion des schleswig-holsteinischen Landtages der gleiche. Ich kann aus der täglichen engen Zusammenarbeit mit unserem katholischen Freund bekunden, daß er in der evangelischen Mehrheit, in der er als Katholik steht, wahrhaftig nicht unter Minderwertigkeitskomplexen leidet, genau so wenig wie unsere evangelischen Freunde in überwiegend katholischen Bundesländern.

Da man bei unseren Gegnern einsehen mußte, daß der „besorgte Appell an das evangelische Gewissen“ nicht den erwünschten politischen Erfolg einbrachte, griff man zum letzten Mittel — der politischen Verdächtigung. Man nahm eine These Pankows auf und erklärte, die Katholiken in der CDU wünschten die Wiedervereinigung nicht, weil sich mit ihr die Kräfteverteilung zwischen katholischen und evangelischen Christen in einem Gesamtdeutschland zu Gunsten der letzteren wandeln würde. Das ist — ich muß das sehr deutlich sagen — einfach eine infame Verdächtigung unserer katholischen Brüder, mit der man glaubt, politisches Kapital für sich herauszuschlagen zu können. Ich habe wirklich — und das wird man mir wohl abnehmen müssen — in fortlaufenden Gesprächen mit dem Kanzler und den führenden katholischen Männern der Bundesregierung und der CDU feststellen können, wie diese sich um die Wiedervereinigung mühen und wie

PRAKTIZIERTE UNION

Bundestagswahlkreis	Katholischer Bevölkerungs- anteil	Evangelischer Bevölkerungs- anteil	CDU/CSU-Kandidat für die Bundestagswahl 1957
189 Rastatt	83,2 %	15,4 %	Ludwig Kroll, evangelisch
239 Donauwörth	74,3 %	25,0 %	Philipp Meyer, evangelisch
234 Schweinfurt	65,0 %	33,8 %	Friedrich Funk, evangelisch

Alle 3 Wahlkreise fielen bei den Bundestagswahlen 1949 und 1953 mit großem Vorsprung an die CDU/CSU.

sorgenvoll sie die Bemühungen der Sowjets verfolgen, die Wiedervereinigung zu verhindern. Aber auch schon ein einigermaßen vorurteilsfreies und gutwilliges Nachdenken sollte zu der Erkenntnis führen, daß die katholische Kirche ein vitales Interesse an der Wiedervereinigung hat. Von der Ausweitung des Raumes der Freiheit bis zu unserem polnischen katholischen Nachbarn würde eine Kraft ausstrahlen, die das ihre dazu tun würde, auch ihn aus dem Machtbereich des dialektischen Materialismus zu lösen.

Aber lassen wir die Auseinandersetzung mit dieser unerfreulichen und fruchtlosen Polemik unserer Gegner und kehren wir zur Betrachtung unserer Auffassungen und Ideen zurück, deren großartige Vielgestaltigkeit darin liegt, daß wir uns frei und offen im Raume unserer christlichen Verantwortung nach dem Leitbild christlich geprägter Persönlichkeiten, gleichgültig, welcher der beiden Konfessionen sie angehören, auszurichten vermögen. Wenn wir nach solchen Leitbildern suchen, brauchen wir nicht erst weit in die Vergangenheit zurückgehen und uns etwa Otto v. Bismarcks oder Friedrich Wilhelms I. zu erinnern — obwohl auch das zuweilen gut tut —, sondern können z. B. zu den Vorträgen und Aufsätzen unseres Freundes Hermann Ehlers greifen. Dann erkennen wir, was es bedeutet, wenn Männer in der politischen Verantwortung stehen, in denen jene fruchtbare Spannung lebendig ist, die im persönlichsten Bereich aus den Tiefen christlicher Demut schöpft und doch mannhaft und tapfer in der politischen Arena um die Dinge des Staates und der Wirtschaft ringt.

Wir bemühen uns um eine realpolitische Sicherung des Friedens. Damit meinen wir nicht nur die Sicherung von Wohlstand und Eigentum. Nein, das ist mehr. Der Angriff, der heute von den Mächtigen eines ganzen Erdteiles gegen uns vorgetragen wird, ist letzten Endes, das wissen wir alle, ein Angriff auf die Freiheit der Persönlichkeit, d. h. aber für den christlichen Politiker: ein Angriff auf unsere Seelen. Nur weil wir das wissen und klar sehen, können wir es nach den leidvollen Erfahrungen unserer jüngsten Vergangenheit verantworten, unser Volk erneut dazu aufzurufen, seine Söhne für die Verteidigung des Landes zur Verfügung zu stellen.

Gleichzeitig ist aber die Wiedervereinigung unseres dreifach geteilten Vaterlandes das zentrale Anliegen unserer Politik. Sie läßt sich, wie die Dinge nun einmal liegen, nur erreichen, wenn wir zusammen mit unseren Freunden in der Welt mit denen verhandeln, die unsere Freiheit bedrohen, damit sie freiwillig auf das Pfand verzichten, das sie mit der Herrschaft über unsere Landsleute jenseits des „Eisernen Vorhangs“ in der Hand zu haben glauben. Unsere Landsleute in Mitteleuropa und in den deutschen Ostgebieten wollen dabei, genau so wie wir, nicht, daß die Wiedervereinigung mit dem Verzicht auf unsere Freiheit erkaufte wird. Es bedarf ganzer Herzen und ganzer Charaktere, die mit Mut, Zähigkeit und Geduld dieses Gespräch mit den Machthabern des Kreml führen. Wenn dabei auf unserer Seite aus christlicher Verantwortung gesprochen und gehandelt wird, dann wissen wir, daß die Sowjets sich einem ihnen gewachsenen, wenn nicht überlegenen Gesprächspartner gegenübersehen.

An die Staatsführung treten heute die widerstreitenden Interessen der verschiedensten Berufe und Stände unseres Volkes heran. Hier einen produktiven Ausgleich herbeizuführen, ist ihre Aufgabe. Dafür gibt es keine fertigen Rezepte, wenn solche auch zuweilen in Wahlkämpfen angeboten werden. Es bedarf vielmehr in jedem Einzelfalle eines sorgfältigen Einfühlens und einer verantwortungsbewußten Prüfung der vorgetragenen Wünsche und dann einer Entscheidung im Blick

auf das Ganze. Dazu gehört, wenn es erforderlich ist, auch ein Appell an das Maßhalten und das Opfer, das sich jeder auferlegen muß, soll nicht das Werk des kunstvollen Aufbaues unserer Volkswirtschaft zerstört werden. Ein solcher Appell ist für den Politiker, der sich christlicher Ethik verpflichtet weiß, ganz schlicht, ganz einfach ein Appell an die Liebe zum Nächsten.

Und ein Letztes: Unsere Gegner versuchen mit allen Mitteln, die „atomare Bedrohung“ zum Wahlschlager zu machen. Wir verschließen vor der Gefahr, die mit der Entdeckung der Kernspaltung auf die Menschheit zugekommen ist, gewiß nicht die Augen. Wir haben auf dem diesjährigen Bundesparteitag der CDU in Hamburg einen uns nicht zugehörenden führenden evangelischen Theologen, Professor D. Dr. Helmut Thielicke, vor uns über die Verantwortung und das Gewissen im Atomzeitalter sprechen lassen (siehe „Evangelische Verantwortung“ Nr. 6/57, S. 8 f.). Wenn eine Partei in einer Zeit, in der versucht wird, mit der „Atomgefahr“ politische Geschäfte zu machen, es wagt, auf ihrem Parteitag dieses Thema von einem Unabhängigen, der auch

„Es wäre ein leichtes, die Behauptung von der katholischen CDU, in der die einflußlosen Evangelischen angeblich nur Hilfsdienste leisten, zu widerlegen. Man brauchte nur den Bundestagspräsidenten und Stellvertretenden Parteivorsitzenden zu nennen, sowie die Mitglieder der Bundesregierung und der Länderregierungen, die Landesverbandsvorsitzenden und Vorstandsmitglieder, die evangelische Christen sind. . . Es gibt keine andere politische Organisation in Deutschland, in der evangelische Christen mit so starker Wirksamkeit und mit solchem Erfolg in guter Kameradschaft mit katholischen Christen politisch tätig sind, als die Christlich-Demokratische Union.“

ROBERT TILLMANNS
September 1953

mit Kritik nicht spart, freimütig und offen behandeln zu lassen, dann ist das wohl ein Zeichen dafür, daß diese Frage mit allergrößtem Ernst in ihren Reihen diskutiert wird.

Wir halten es aber auch mit der Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands, wenn sie sagt: „Wir handeln gegen Gottes Gebot, wenn wir an die Stelle der Furcht vor Gott die Angst vor der entfesselten Atomkraft treten lassen.“ Wir sehen in diesem Aufruf eine Warnung vor dem leichtfertigen Mißbrauch der Atomfrage für parteipolitische Polemik. Wir sind nicht bereit, angsterfüllte Sklaven der Technik zu werden, sondern glauben, daß auch im technischen Zeitalter der Mensch zum Herrn über die Technik berufen ist. Wem könnten wir aber getroster die Kräfte der Technik anvertrauen, als Männern, die wissen, daß der Mensch nicht zur Zerstörung, sondern zur Erhaltung der Schöpfung geschaffen wurde. Wir lassen uns deshalb nicht von Menschen eine Existenz in der Angst verordnen.

Im 19. Jahrhundert waren Liberale und Sozialisten stolz darauf, daß, wie sie meinten, die geistige Kraft der christlichen Religion gebrochen und ihre gesellschaftliche Geltung untergraben sei. Wir sind dankbar dafür, daß wir es als unseren entscheidenden Auftrag betrachten dürfen, die schöpferische und ordnende Kraft christlicher Ethik im politischen Raum wieder wirksam werden zu lassen.

JA — CHRISTLICH!

von Pastor Kurt Rehling

Die „Kirchliche Bruderschaft in Württemberg“ (siehe „Evangelische Verantwortung“ Nr. 8/57, S. 3 ff.) hat einen „Offenen Brief an den Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU und an alle Evangelischen, die hinter diesem Arbeitskreis stehen“, geschrieben und in alle Lande versandt. Das Flugblatt ist bei der „Stimme der Gemeinde“ verlegt, kostet 3 Pf das Stück, bei 1000 Stück Sonderpreis.

Die Behauptung dieses „Offenen Briefes“, daß das Wort „christlich“ im Namensschild der CDU/CSU „die Atmosphäre vergiftet und die Verkündigung des Evangeliums belastet“, ist wohl so ziemlich der schwerste Vorwurf, den man einem Christen machen kann. Das nötigt uns zu der Feststellung, daß wir nunmehr erst recht bekennen müssen: Die evangelische Kirche lehrt, daß „Jesus Christus Gottes kräftiger Anspruch auf unser ganzes Leben“ ist! Sollte ein evangelischer Christ mit jemandem in einer Partei zusammenarbeiten, dem diese Lehre ärgerlich ist, so ermahnen wir ihn, nicht zu vergessen, daß auch „die Liebe sich der Wahrheit freut“.

Wir wünschen aufrichtig, daß auch noch andere Parteien sich klar und deutlich zu den Grundsätzen christlicher Moralauffassung und ihrer Gültigkeit in allen Lebensbereichen, d. h. auch im politischen Raum, bekennen möchten. Niemand würde sich mehr darüber freuen als der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU. Denn das läge im Sinn der Theologischen Erklärung von Barmen 1934:

„Wir verwerfen die falsche Lehre, als gäbe es Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eigen wären, Bereiche, in denen wir nicht der Rechtfertigung und Heiligung durch Ihn bedürfen.“

In einer Reihe von Ländern Westeuropas gibt es mehrere „christliche“, in Holland sogar zwei evangelische Parteien. Kein Geringerer als der leidenschaftliche Vorkämpfer für soziale Gerechtigkeit, Hofprediger Stöcker, hat schon 1881 erklärt: „Jede Partei, sie heiße, wie sie wolle, sollte vor ihren Namen das Wort ‚christlich‘ setzen!“ Sollte aber jemand meinen, daß wir dem Anspruch des Wortes „christlich“ in unserm Leben nicht gerecht werden können, so gilt das nicht nur von allen „christlichen Politikern“, sondern genauso von der ganzen „christlichen Kirche“ auf Erden.

Unter Adolf Hitler hat es die tragische Figur des Grafen Schwerin-Krosigk gegeben. Dieser Finanzminister des „Dritten Reiches“ hat von allen Seiten das Zeugnis persönlicher Lauterkeit und Anständigkeit erhalten. Niemand hat ihm bestritten, daß er für sich persönlich Christ sein wollte. Aber die Haltung des einsamen Mannes hatte kein Gewicht. Nach solchen Erfahrungen können wir keinem Christen raten, ohne Anlehnung an Menschen, die mit ihm um die gleiche letzte Bindung wissen, Verantwortung im politischen Raum zu tragen. Und wer eine „christliche Partei“ will, versteht, daß das Gewissen des Gleichgesinnten neben ihm eine letzte Bindung hat und keinen Fraktionszwang bei Abstimmungen erträgt; denn kein Christ kann „zwei Herren dienen“. Darum hat die „christliche“ demokratische Partei im Bundestag selten völlig einheitlich gestimmt.

Auch ein persönlich so lauterer Mann wie Schwerin-Krosigk konnte nicht gleichzeitig praktizieren: „Gut ist, was Gottes Gebote sagen“ und „Gut ist, was dem Volke nützt“. Darum können wir auch — trotz Dr. Heinemanns Empfehlungen — den Satz des Aktionsprogramms der SPD nicht unterschrei-

ben: „In Europa sind Christentum, Humanismus und klassische Philosophie geistige und sittliche Wurzel des sozialistischen Gedankengutes.“ Das sozialistische Gedankengut, wie es die SPD heute versteht, ist also ein Ineinanderfließen von christlichen, humanistischen und klassisch-philosophischen Gedanken. Daß es einen christlichen, einen nichtchristlichen und einen antichristlichen Humanismus gibt, kann hier außer Betracht bleiben. Daß aber mit dem vernebelnden Wort „klassische Philosophie“ Feuerbach und Marx gemeint sind, wird wohl niemand bestreiten wollen. Daß diese „klassische Philosophie“ der Religion eben keinen Wirklichkeitscharakter zuerkennt, sondern sie aus der Gestaltung des öffentlichen, d. h. des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Lebens ausschließen möchte, wird ebensowenig zu bestreiten sein. Der Versuch eines grundsätzlichen Kompromisses zwischen christlichem Glauben und einer nichtchristlichen Philosophie ist nicht möglich.

Nun hat die „Kirchliche Bruderschaft in Württemberg“ den Evangelischen in der CDU/CSU geraten, sie sollten „allein danach fragen, was heute dem Leben unserer Mitbürger dient“. Gerade darüber aber sind wir uns mit der SPD nicht einig. Der Satz: „Gut ist, was dem Volke nützt“ war ein schlechter Satz. Der zitierte Satz der „Bruderschaft“ ist nicht besser, denn er widerspricht dem Gehalt der Heiligen Schrift. Daß die das Wohl aller Bürger so offensichtlich fördernde Wirtschaftspolitik des evangelischen Mannes Erhard zunächst die Voraussetzungen für beispielsweise Rentenerhöhungen geschaffen hat, scheint andererseits auch nicht recht zu sein, denn es diene nach Auffassung dieser „Bruderschaft“ nur dazu, noch schnell vor der Wahl für ein „römisch-katholisches Weltsystem“ den „Wahlspeck herauszubringen“.

Von den katholischen Christen in der CDU/CSU heißt es, sie seien „Funktionäre ihrer zu einer Weltanschauung verabsolutierten Kirche“, die keine andere Absicht hätten, als „den Westen dem römisch-katholischen Weltsystem zuzuführen und Deutschland auf kaltem Wege zu rekatholisieren“. Was sich diesem Weltsystem nicht einfügen lasse, sei für den katholischen Teil der Union „im Grunde existenzunwürdig“ und „wenn irgend möglich der Existenzvernichtung preiszugeben“! Wer so spricht, möchte offenbar die Zeit des 30-jährigen Krieges wieder heraufbeschwören. Wir stellen fest, daß katholische wie evangelische Abgeordnete der CDU/CSU immer wieder bewiesen haben, daß bei Abstimmungen ihre Gewissensbindung über der Parteilinie stand. Wir erinnern hier nur an die Rede Peter Nellens im Bundestag zur Frage der Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen.

Die CDU/CSU hat und wird ihre Aufgabe niemals darin sehen können, die Frage nach der rechten Darstellung des christlichen Glaubens zu lösen, — das ist eine Frage, die allein die Kirche zu beantworten hat. Die CDU/CSU ist eine Verbindung von Christen verschiedenen Bekenntnisses zum Zwecke gemeinsamen politischen Handelns, wobei einer dem andern die Freiheit einer Gewissensbindung zugesteht.

Daß eine der württembergischen „Bruderschaft“ entsprechende Gruppe in der Pfalz jetzt eine Militärseelsorge fordert, die für die Wehrdienstverweigerung Propaganda macht, zeigt jedem unbefangenen Leser das Maß der geistigen Verworfenheit dieser Kreise. Die Pfälzer bedauern in einer „Erklärung zum Wahlkampf“ den von der Leitung der Evangelischen Kirche in Deutschland „einseitig“ mit der Bundesrepublik

Unverändert gilt noch heute das Wort des ehemaligen Sekretärs der Komintern für die romanischen Länder und späteren Vertreter der Ukraine bei der UNO, Dimitri Manuïlski, der 1930 sagte:

„In zwanzig oder dreißig Jahren werden wir die Welt überraschen, und da Überraschung das wesentliche Element unseres Sieges ist, muß die Bourgeoisie einschläfert werden. Der Anfang wird sein, daß wir die gewaltigste Friedenskampagne aller Zeiten in Gang bringen. Wir werden unerhörte Zugeständnisse machen, die wie der Blitz einschlagen werden. Die dummen und dekadenten kapitalistischen Staaten werden dann in aller Selbstgefälligkeit an ihrer eigenen Vernichtung mitwirken. Mit weit offenen Armen werden sie die Gelegenheit begrüßen, mit uns freundschaftliche Beziehungen wieder aufzunehmen, und sobald sie in ihrer Wachsamkeit nachgelassen haben, werden wir sie zu Boden schlagen!“

abgeschlossenen Militärseelsorgevertrag. Wenn Pankow keine Militärseelsorge will und eine dahin zielende Anfrage der EKD abschlägig beschieden hat, so sind offenbar Kirche und Bundesregierung zu tadeln, wenn in der Bundesrepublik der Kirche gestattet wird, die Soldaten kirchlich zu betreuen. Wir aber fragen: Sollte die evangelische Kirche nicht für eine solche Möglichkeit dankbar sein? In dieser Undankbarkeit evangelischer Christen sehen wir eine schwere Sünde! Wir fürchten sie mehr als jene Kreise den Katholizismus. Denn Undankbarkeit ruft die Gerichte Gottes herbei (Luther). Die letzte Ursache der Irrtümer, denen die „Bruderschaften“ erliegen sind, und der Verwirrung, die sie anstiften, ist ihre kritiklose Haltung zu dem Schweizer Theologen Karl Barth. Es ist hier nicht der Ort, etwas über seine wissenschaftliche Arbeit zu sagen, aber wir möchten zwei Worte von ihm zum Zeitgeschehen nebeneinander stellen. Am 19. September 1938 schrieb er an den tschechischen Theologieprofessor Hromadka:

„Ist denn die ganze Welt unter den Bann des bösen Blickes der Riesenschlange geraten? Muß sich der Pazifismus der Nachkriegszeit nun wirklich in einer so schrecklichen Lähmung aller und jeder Entschlußkraft auswirken? Ich wage zu hoffen, daß die Söhne der alten Hussiten dem überwiech gewordenen Europa zeigen werden, daß es auch heute noch Männer gibt. Jeder tschechische Soldat, der dann streitet und leidet, wird es auch für uns — und ich sage es heute ohne Vorbehalt: er wird es auch für die Kirche Jesu Christi tun, die in dem Dunstkreis der Hitler und Mussolini nur entweder der Lächerlichkeit oder der Ausrottung verfallen kann.“

Am 3. Juni dieses Jahres schrieb derselbe Karl Barth im Sinne östlicher „Friedenspropaganda“ an den polnischen Rundfunk:

„Wir warten auf Taten, nicht auf Verhandlungen. Aufrichtig und glaubwürdig ist der Friedenswille derjenigen Weltmacht, die zuerst ohne Rücksicht auf das Verhalten der Gegenseite unverbindlich ihren Verzicht auf weitere Kernwaffenexperimente aussprechen wird.“

Schon die Bekennende Kirche hatte 1938 gegenüber Karl Barth erklären müssen, daß seine Mahnungen und politischen Folgerungen nicht in Gottes Wort gegründet seien. Als es seinen politischen Anschauungen entsprach, war im Kampf gegen das „Dritte Reich“ jeder tschechische Soldat ohne Vorbehalt ein Streiter Jesu Christi. Die Kirche Jesu Christi hat nach unserem Verständnis wohl Märtyrer, aber keine Soldaten mit Maschinengewehren und Kanonen. Diese Mittel sind den Verkündern des Evangeliums weder gemäß noch erlaubt. Hinwiederum hat der Staat nicht die Aufgabe, seine Feinde zuerst zu lieben, wie es unser Herr Jesus Christus tat, sondern er soll für Gerechtigkeit, Sicherheit und Frieden in der Welt sorgen. Dazu hat er gegen alle Bösen die Mittel der staatlichen Macht von Gott zugesprochen bekommen. Daß wir dem Übel nicht widerstreben sollen (Matth. 5, 39), ist der „Stadt auf dem Berge“, der Kirche, für ihren Dienst gesagt. Der Staat aber soll den Schutz als „Gottes Diener“ handhaben, „dir zugut“ (Röm. 13, 4). Karl Barth jedoch will bald der Kirche die Aufgabe übertragen, die Gott dem Staat zugewiesen hat, bald dem Staat die Aufgabe, die Gott der

Kirche auferlegt hat. Vor solcher Verwirrung hat schon Martin Luther eine quälende Angst gehabt. In der Zeit der Bekennenden Kirche sind wir vor ihr bewahrt geblieben. In der Barmer Erklärung steht das wegweisende Wort:

„Die Schrift sagt uns, daß der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser Seiner Anordnung an.“

Den Ernst der Situation unserer Tage sehen keineswegs nur die sogenannten Bruderschaften. Der amerikanische Admiral Lewis Strauß hat kürzlich erklärt:

„Das große Problem unserer Zeit, das 2 Milliarden 700 Millionen Menschen auf dem Erdball beschäftigt, besteht darin: zu wissen, ob der Mensch dank seiner Erfindungen zu leben lernt, oder ob er ihretwegen zugrundegeht.“

Ist dieses Problem aber so zu meistern, wie Karl Barth und seine Freunde es hoffen, nämlich „ohne Rücksicht auf das Verhalten der Gegenseite“ und — das ist uns noch wesentlicher — ohne Rücksicht auf das, was nach biblischer Schau nun einmal die Aufgabe des Staates ist? Ist das Problem damit zu lösen, daß einseitig die Armeen der freien Welt entscheidend geschwächt werden? Das wäre nach unserer Überzeugung ein unverantwortliches Experiment.

Die Lösung der schweren Aufgabe der Abrüstung kann nicht anders gesucht werden als so, daß eine Verpflichtung zur kontrollierten Abrüstung alle Partner bindet. Seit der Zeit der Völkerwanderung weiß die Christenheit etwas davon, daß es auch Staaten gibt, die im Grunde nichts anderes sind als „organisierte Räuberbanden“. Dürfen wir, die wir doch auch erfahren haben, daß die Welt im Argen liegt, wirklich unserer Regierung den Rat geben, „ohne Rücksicht auf das Verhalten der Gegenseite“ auf eigene Sicherung zu verzichten? Eine Staatsführung, die diesem Rat folgte, wäre ungehorsam gegenüber dem Auftrag Gottes, Leben und Wohlfahrt ihrer Bürger — wenn es sein muß — „unter Androhung und Ausübung von Gewalt“ zu schützen. Dieser Ratschlag wäre nur in einem einzigen Falle sinnvoll: wenn wir entschlossen oder gezwungen wären, bedingungslos zu kapitulieren. Dann müßten wir in Westdeutschland allerdings zu der Konsequenz bereit sein, daß die nachfolgende Obrigkeit, d. h. nach Lage der Dinge die Herrscher im Kreml uns in die Reihe ihrer Satellitenstaaten einfügten und bei uns Rekruten aushöben. Glauben die „Bruderschaften“ wirklich, daß dann in Westeuropa keine Atombomben oder Atomraketen gelagert würden. Und eine Partei, die ihren Mitgliedern das selbstverständliche Recht gibt, um des Ersten Gebotes willen grundsätzlich bei jeder Abstimmung die Bindung des christlichen Gewissens an Gott der Treue zur Parteilinie überzuordnen, gäbe es dann gewiß nicht.

„... DASS KIRCHE WIRKLICH KIRCHE BLEIBT“

Stimmen zum Fall Heinemann

Vier evangelische Pfarrer: Superintendent Köllner, Lüdenscheid; Pfarrer Kemmer, Ahlen/Aller; Pfarrer Turck, Remscheid-Lüttringhausen; Jugendpfarrer Deitenbeck, Lüdenscheid, haben einen Offenen Brief an Dr. Heinemann gerichtet:

„Was Sie über Ihre politische Entscheidung gesagt haben, bleibt selbstverständlich Ihr gutes Recht. Im Zusammenhang damit haben Sie mit Zahlen aus dem kirchlichen Raum aufgewartet. Nach Ihren Angaben stünden hinter Ihrem Schritt, der Sie zur SPD führte, mindestens drei leitende Persönlichkeiten der evangelischen Kirche, fünfzehn evangelische Theologieprofessoren und Hunderte von Pfarrern.“

Daß Sie in der öffentlichen Tagespolitik so aktiv sind, bleibt selbstverständlich Ihrer Verantwortung anheimgestellt. Daß Sie dabei noch ein hohes kirchliches Amt bekleiden, legt Ihnen besondere Verantwortung und Rücksichtnahme im politischen Raum auf. Daß Sie aber jetzt damit beginnen, verantwortliche Männer der Kirche nach

ihrer politischen Stellungnahme anonym zu sortieren, bedeutet eine unverantwortliche Politisierung der Kirche. Unsere Kirche ist weder eine CDU-Kirche noch eine SPD-Kirche noch eine andere Parteikirche. Wir bitten Sie daher inständig, zukünftig von Äußerungen in dieser Hinsicht abzusehen, um nicht Kettenreaktionen kirchlicher Stellungnahmen durch alle Parteien heraufzubeschwören. Wachen Sie mit uns darüber, daß Kirche wirklich Kirche bleibt.

Als Pfarrer, die durch ihre besondere Arbeit in vielen Gemeinden und Werken Einblick haben, schreiben wir diese Zellen, weil Zahllose mit uns um die Gefahr der Politisierung der Kirche in großer Sorge sind. Wir schreiben weder im Auftrag noch nach Rücksprache mit politischen Instanzen, sondern völlig frei, aus dem Ruf unseres Gewissens heraus.“

Das „Informationsblatt für die Gemeinden in den niederdeutschen lutherischen Landeskirchen“ (herausgegeben im Auftrage eines Kuratoriums aus den evangelisch-lutherischen Landeskirchen von Hannover, Schleswig-Holstein, Braun-

schweig, Hamburg, Oldenburg, Lübeck, Eutin, Schaumburg-Lippe) brachte zum Übertritt Dr. Heinemanns zur SPD folgenden Kommentar:

„Wir meinen, daß die Auflösung der ‚Gesamtdeutschen Volkspartei‘ und der Übertritt Dr. Heinemanns zur SPD begrüßt werden müssen, weil damit Klarheit geschaffen wird. Dr. Heinemann ist nach 1945 in die Politik gegangen, weil ja die Kirche ihre Glieder dazu ermuntert hat, wie er einmal erklärte. Sein Sprungbrett war die ‚Christlich-Demokratische Union‘; als Exponent ihres evangelischen Flügels wurde er Bundesinnenminister in der ersten Regierung Adenauer. Damals hat es ihn nicht gestört, daß die Partei sich das Adjektiv ‚christlich‘ zugelegt hatte. Er mußte dann alsbald feststellen, daß er sich mit seinen politischen Auffassungen im Kabinett nicht durchsetzen konnte. Als redlicher Mann zog er die Konsequenzen und schied aus. Ende 1952 meinte er, eine eigene Partei ins Leben rufen zu sollen, um eine angeblich gegen die ‚Remilitarisierung Westdeutschlands‘ gerichtete ‚Volksbewegung‘ (nach einem Wort der ‚Neuen Zeit‘, dem Organ der Ost-CDU) politisch zu formen. Es erwies sich bei der Bundestagswahl 1953, daß von einer ‚Volksbewegung‘ nicht die Rede sein konnte: nur etwa 1 Prozent der Wähler bekannte sich zur GVP. Ob die Zwicklichkeit der Zusammenarbeit mit dem ostgesteuerten ‚Bund der Deutschen‘ daran Schuld war? Man wartete die Landtagswahl in Baden-Württemberg 1956 ab. Sie brachte keinen Stimmenzuwachs. So mußte man sich entschließen, die GVP aufzulösen.

Dr. Heinemann und seine kirchlichen Freunde dürften eingesehen haben, daß ihre (politischen) Hoffnungen Illusionen gewesen sind. Wenn Dr. Heinemann überhaupt noch politisch aktiv bleiben will, hat er gar keine andere Wahl, als sich in das oppositionelle Lager der SPD zu begeben, die in der Hoffnung, evangelische Stimmen zu gewinnen, ihm einen ‚breiten Wirkungskreis‘ verspricht. In der SPD wird er es aber nicht leicht haben. Der von ihm vertretene radikale Neutralismus dürfte in der SPD im ganzen als unbequem empfunden werden. So ist kaum anzunehmen, daß Heinemann einen neuen Start zur Übernahme politischer Verantwortung finden wird. Schon die erste Pressekonferenz nach seinem Übertritt zur SPD läßt das ahnen. Aber das ist eine Sache, die ihn allein angeht.

Etwas anderes ist es, wenn er seinen Parteiwechsel in einen Zusammenhang mit seiner ‚Zugehörigkeit‘ zu leitenden Organen der evangelischen Kirche‘ bringt. Er scheint als seine Aufgabe anzusehen, die Wiederannäherung zwischen der evangelischen Kirche und der SPD zu fördern. So dankenswert dieses Unternehmen sein mag, es muß doch darauf hingewiesen werden, daß es sich nicht um zwei vergleichbare Größen auf derselben Ebene handelt. Zahlreiche Gespräche, die vor allem in den Evangelischen Akademien geführt worden sind, haben ergeben, daß man die alten Aufrechnungen beiderseitiger Schuld: marxistischer Atheismus dort und ‚Thron-und-Altar-Haltung‘ hier nun endlich abgeschlossen sein lassen will. Das ist recht so. In seiner Bonner Pressekonferenz hat Dr. Heinemann versichert, die SPD sei ‚nicht antichristlich‘. Auch daran zweifelt niemand, wenn man die Partei als soziologische Größe und Vertretung eines bestimmten politischen Programms betrachten will. Ob die Mitglieder der SPD sich allerdings christlichen Beweisführungen politischer Thesen besonders zugänglich erweisen werden, muß füglich bezweifelt werden. Aber auf diesen ‚Zusammenhang unserer politischen Entscheidungen mit unserer Glaubenshaltung‘ kam es Dr. Heinemann bisher doch so besonders an. Hier wird er kaum weiterkommen. Und außerdem geht es ja nicht um eine ‚Verständigung‘ zwischen der evangelischen Kirche und der SPD, sondern darum, ob die Mitglieder dieser wie natürlich auch jeder anderen Partei sich dem Wort Gottes stellen und die Botschaft von Jesus Christus annehmen. Wenn Dr. Heinemann hier ein Missionsfeld vor sich sehen sollte, so werden ihn in dieser Beziehung sicherlich die besten Wünsche aller Christen begleiten.

Über die persönliche Entscheidung Heinemanns hinaus gibt es aber auch noch eine grundsätzliche Frage, die alle angeht. Ein Außenstehender wird nicht entscheiden können, ob Heinemanns politische Leidenschaft die eigentlich treibende Kraft ist oder jene Theologie seiner kirchlichen Freunde, die immer deutlicher als der ‚Prozeß einer Säkularisierung aller christlichen Begriffe‘ in Erscheinung tritt. So merkwürdig es klingen mag, hinter beiden steht der große Dogmatiker unserer Zeit, Karl Barth, dessen entwaffnende Naivität in politischen Fragen ihn in Wuppertal 1956 allen Ernstes seinen Zuhörern den

gestern . . .

„Deutschland wird nunmehr den Weg der Demokratie gehen. Zwei Ansätze stehen hier zur Verfügung. Es sind dies die sozialistische und die christliche demokratische Bewegung. . . Der Unterschied zwischen diesen beiden wesentlichen Kräften des demokratischen Aufbaues ist klar. In der sozialistischen Gruppe stehen die anti-bürgerlichen Affekte im Vordergrund, die ihr in der Vergangenheit den Auftrieb gaben. Ihre geistesgeschichtlichen Wurzeln sind im Negativen der Freigeist im Sinne reiner Verneinung von Kirche und Christentum, sowie im Positiven der Marxismus als Gesellschaftslehre und Weltanschauung. . .

Wenn dies unsere heutige innerpolitische Lage ist, so läßt sich ihre Spannung auch dahin umschreiben, daß die christliche und die sozialistische Demokratie sich auf deutschem Boden zur Entscheidung begegnen.“

Dr. Gustav Heinemann
in der Broschüre „Demokratie
und christliche Kirche“, 1946, S. 7/8

„Die Vorgänge im Parlamentarischen Rat in Bonn haben deutlich gemacht, daß Sozialdemokratie und Liberale keine politische Heimat für den evangelischen Wähler zu sein vermögen.“

Dr. Gustav Heinemann
am 21. Juli 1949 in Heidelberg

und heute

„Das heißt also, daß wir mit zahlreichen anderen Männern und Frauen in der SPD Politik aus unserer persönlichen christlichen Gewissensbindung treiben, — natürlich neben anderen Männern und Frauen, die es aus anderer Haltung tun, aber jedenfalls ohne Weltanschauungsparolen. . .“

Dr. Gustav Heinemann
am 29. August 1957 im Deutschen Fernsehen

Rat geben ließ: „Ich als Schweizer kann Ihnen dazu freilich nicht raten. Aber ich vermute, wenn ich Deutscher wäre, würde ich jetzt sagen: Laßt uns eine Verschwörung machen!“

Anders gesagt, die Hoffnungen der Kreise um Heinemann haben sich nicht erfüllt: Weder gab es eine „Volksbewegung“ gegen die „Remilitarisierung“, noch konnte die GVP mehr als einen winzigen Bruchteil der Wähler gewinnen; die Zahl der Wehrdienstverweigerer pendelt gleichfalls um 1 Prozent der Einberufenen; in den kirchlichen Körperschaften konnte sich die Gruppe nicht durchsetzen, wie die Annahme des Vertrages über die Militär-

seelsorge mit der übergroßen Mehrheit der letzten gesamtdeutschen Synode bewies. Wo mögen die Gründe dieser Fehleinschätzung eigentlich zu suchen sein? Erica Küppers stellte dieselbe Frage in ihrem Bericht über die Tagung der „Gesellschaft für evangelische Theologie“ vom März 1956: „Woran liegt es, daß wir trotz der besten Theologie nicht zu gemeinsamem Handeln kommen?“ Wir meinen, daß die Prämisse falsch ist: Es ist eben nicht „die beste Theologie“, die dort getrieben wird, sondern durchaus handfeste Politik, die aber von der überwältigenden Mehrheit der deutschen (und evangelischen) Wähler der Bundesrepublik abgelehnt wird.

Es bleibt bei der kleinen Gruppe.“

DOKUMENTE DER UNKLARHEIT

Der Zick-Zack-Kurs der SPD-Politik

Der Wähler, der am 15. September zur Entscheidung über den Kurs der künftigen Regierungspolitik aufgerufen wird, will genau wissen, für welche Ziele sich die Parteien einsetzen. Die CDU/CSU kann auf die Leistungen der von ihr verantwortlich bestimmten Regierungsarbeit in den vergangenen acht Jahren hinweisen. Sie bürgt für die Fortsetzung dieser klaren, erfolgreichen Politik. Im Gegensatz dazu ist die Haltung der Opposition, insbesondere der SPD, in den grundlegenden politischen Fragen unklar und widerspruchsvoll.

Hier nur einige Beispiele, herausgegriffen aus der Fülle des Materials:

NATO-Bündnis

JA: „Tatsächlich hat die Sozialdemokratie niemals die Forderung vertreten, daß die Bundesrepublik ohne aussichtsvolle Verhandlungen über die Wiedervereinigung die Mitgliedschaft in der NATO aufgeben sollte.“

Erich Ollenhauer auf der Pressekonferenz in Washington am 19. Februar 1957

NEIN: Der Hersfelder Wahlkreiskandidat der Sozialdemokraten, Botschafter a. D. Wilhelm Meyer, nannte die Forderung der CDU, daß die Bundesrepublik unter allen Umständen in der NATO bleiben muß, die größte außenpolitische Gefahr für Deutschland. Die deutsche Diplomatie müsse dem Westen klarmachen, daß Deutschlands Ausscheiden aus der NATO den größten überhaupt denkbaren Beitrag zur Entspannung in der Welt liefern würde.

dpa vom 18. August 1957

JA: „... daß die SPD die von einer freigewählten Regierung und von einem freigewählten Parlament verabschiedeten Abkommen stets respektieren werde.“

Fritz Erler, MdB (SPD) in Brüssel, laut dpa vom 18. Dezember 1956

NEIN: „Wenn wir nach den Wahlen zur Regierung kommen, werden wir sofort die Initiative... ergreifen, d. h. wir werden ein Zusammentreffen der vier Großmächte fordern, und wir werden einfach die NATO verlassen.“

Prof. Carlo Schmid in einem Interview mit der linksgerichteten Zeitung „Combat“, Paris, am 3. Mai 1957

Wehrbeitrag

JA: „Es käme einem Abenteuer gleich, bei einer östlichen Bedrohung ohne eigene Verteidigungskräfte die Bundesrepublik wehrlos preiszugeben. Schon die nächste Nacht wäre für uns schlaflos.“

Max Brauer (SPD) auf einer Wahlversammlung in Lauenburg/Elbe, laut dpa vom 30. August 1954

„Ich sage auch als Sozialdemokrat, daß die Verteidigung Europas nicht möglich ist ohne amerikanische Truppen und einen deutschen Wehrbeitrag.“

Prof. Dr. Otto Suhr †, Regierender Bürgermeister von Berlin, am 18. Mai 1955

„Keine Partei kann versprechen, wenn sie 1957 an die Regierung kommen sollte, werde die Bundeswehr abgeschafft.“

Fritz Erler, MdB (SPD), laut dpa vom 7. Juli 1956

NEIN: „Sobald wir in Bonn an die Regierung kommen, werden wir den Barras bis zum letzten Ziegelstein wieder abbauen.“

Arno Behrisch, MdB (SPD) in einer Versammlung von Wehrdienstverweigerern in Kassel, Sommer 1956

JA: Die einzige Lösung des deutschen Verteidigungsproblems biete eine auf Grund allgemeiner Wehrpflicht aufgestellte Armee, da Deutschland nicht mehr als drei Divisionen Freiwillige aufbringen könnte.

Ollenhauer gegenüber einem Vertreter der amerikanischen Zeitschrift „Colliers“, laut AP vom 17. März 1951

NEIN: „Die SPD wird die Wehrpflicht wieder abschaffen, wenn sie an die Regierung kommt. Dieser Beschluß ist unumstößlich.“

Herbert Wehner, MdB (SPD) in Winsen (Niedersachs.), laut dpa vom 17. April 1957

Vertrauen des Auslands

„Die Wahrheit ist, daß kein objektiver Beobachter der deutschen Politik Zweifel hat an der zuverlässigen Partnerschaft der deutschen Sozialdemokratie im Verhältnis zur freien Welt.“

„Die Wahrheit ist, daß heute das Verständnis für die außen- und innenpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie in der Welt größer ist als vor vier Jahren.“

Ollenhauer auf dem SPD-Wahlkongreß in Dortmund, laut „Vorwärts“ vom 21. Juni 1957

„Die belgischen und holländischen Sozialisten finden, daß der Atlantikpakt eine so lebenswichtige Sicherung ihrer Länder bildet, daß sie nicht ohne weitere Klarstellung dem Gedanken zustimmen können, er könnte über kurz oder lang durch das Ausscheiden Deutschlands aufgelöst werden. Andere Parteien fanden, daß der in diesen Vorschlägen steckende Gedanke einer Art Neutralisierung eines Teils von Europa noch zu wenig durchdacht sei — so einfach ist ja Neutralität auf einen Großstaat wie Deutschland nicht anzuwenden —, daß nicht darin eine Gefahr des Neutralismus verborgen sein könnte.“

Dr. Pollak, Chefredakteur der sozialistischen „Arbeiterzeitung“, Wien, über die Ergebnisse des Kongresses der Sozialistischen Internationale in Wien (zitiert aus dem SPD-Pressedienst vom 13. Juli 1957)

Sozialisierung

JA: „Mit dem Parteitag in München in diesen Tagen sollte endgültig die Gefahr gebannt sein, daß die Partei sich von der demokratischen Plan- und Gemeinwirtschaft abwendet.“

Delegierter Werner Stein auf dem SPD-Parteitag in München, 10.-14. Juli 1956

„Die Sozialisierung des Kohlenbergbaues und der Eisen- und Stahlindustrie ist nach wie vor ein Bestandteil des wirtschaftspolitischen Programms der SPD.“

Dr. Deist, MdB (SPD) vor der Presse in Bonn, Mitte Januar 1957

„Die Sozialdemokraten werden für den Fall, daß sie in der nächsten Bundesregierung über einen entscheidenden Einfluß verfügen, an ihrem Standpunkt festhalten, daß die Schlüs-

selindustrien einer öffentlichen Kontrolle unterworfen werden.“

Ollenhauer vor der Auslandspresse in Bonn, laut „Die Welt“ vom 4. April 1957

„Die Schwerindustrie soll sozialisiert werden, um den öffentlichen Sektor der Wirtschaft zwecks Einflußnahme auf die Investitionen zu vergrößern und die Gefahren politischen Mißbrauchs der wirtschaftlichen Machtzusammenballung zu vermindern.“

Willi Eichler, MdB (SPD) in der Broschüre „Lebendige Demokratie“, herausgegeben vom SPD-Parteivorstand, April 1957

„In Wirklichkeit will die SPD allein die Grundstoffwirtschaft und die Energieerzeugung sozialisieren, d. h. in Gemeineigentum überführt wissen. Nur so kann der diktatorische Einfluß der Besitzer der Grundstoffwirtschaft beseitigt werden.“

SPD-Landtagsabgeordneter Fritz Stephan auf einer Mitgliederversammlung in Freiburg, laut „Südwestdeutsche Rundschau“ vom 7. August 1957

NEIN: „Die Verstaatlichung irgendeines Wirtschaftszweiges steht nicht auf dem sozialdemokratischen Programm.“

Dr. Deist, MdB (SPD) im „Parlamentarisch-politischen Pressedienst“ (SPD) vom 10. April 1957

Ollenhauer sagte, maßgeblich und verbindlich für die SPD sei ihr Dortmunder Wahlprogramm, das zugleich auch das Arbeitsprogramm einer kommenden SPD-Bundesregierung sei. In dem Dortmunder Wahlprogramm stehe kein Wort von Sozialisierung. Das sei genau so entschieden gemeint, wie es formuliert worden sei.

dpa vom 25. August 1957

WEN DIE KOMMUNISTEN FÜRCHTEN

Je näher der Wahltag heranrückt, desto hektischer werden die Anstrengungen des Kommunismus, vor allem in der sowjetischen Besatzungszone, Einfluß auf den Wahlkampf in der Bundesrepublik zu nehmen. Propagandamaterial wird gleich tonnenweise einzuschleusen versucht. In nahezu sämtlichen Interzonenzügen wird laufend „herrenloses“ kommunistisches Werbematerial, z. T. in schweren Paketen, sichergestellt. Zehntausende von Flugzetteln, vielfach sogar gültigen Geldscheinen nachgebildet, konnten bereits beschlagnahmt werden. In der Zone selbst gibt es für die SED-Funktionäre in diesen Tagen nur ein Thema: „Aufklärung“ über die Bedeutung der Bundestagswahl und Anleitung zu kommunistischen Einmischungsversuchen. Die SED mobilisiert außerdem ihre sämtlichen Satellitenorganisationen und fordert deren Mitglieder dazu auf, pausenlos „schriftliche Materialien“ in die Bundesrepublik zu versenden und „andere Möglichkeiten zur Einwirkung auf die Bundestagswahl auszunützen“.

Worin diese „anderen Möglichkeiten“ bestehen sollen, deutete Hermann Matern vom Zentralkomitee der SED dieser Tage an, als er über den sowjetischen Rundfunk zum Kampf mit „außerparlamentarischen Mitteln“ und zur Zusammenarbeit von SED, SPD, KPD, FDGB und DGB aufforderte. Es bedarf wohl kaum einer näheren Erläuterung, was Kommunisten unter „außerparlamentarischen Mitteln“ verstehen.

Die Geschichte ihrer Machtergreifung in den osteuropäischen Staaten spricht in dieser Hinsicht eine allzu deutliche Sprache.

Ziel der wütenden kommunistischen Kampagne in der Zone ist allein und ausschließlich die CDU/CSU — und nicht, wie man annehmen sollte, auch die SPD, die so gern von sich behauptet, sie sei der sicherste Hort gegen den Kommunismus. „Der Adenauer-CDU den entscheidenden Schlag versetzen“, „Offensive gegen die Adenauer-CDU“, „Vor allem muß Adenauer zu Fall gebracht werden“, „Nur für eine neue Bundesregierung ohne Adenauer“, „Generalangriff auf die CDU“, „Der Adenauer-CDU eine Wahlniederlage bereiten“ — das ist nur eine ganz kleine Auslese aus der Fülle der kommunistischen Parolen, die z. Z. die Presse und die Sender der Sowjetzone — und nicht nur dieser! — beherrschen. Sie zeigen in aller wünschenswerten Klarheit und Eindeutigkeit, wen die Kommunisten fürchten und wer ihren hintergründigen Plänen hindernd im Wege steht. Es ist nicht die SPD (dieser bietet man sogar alle Unterstützung an), sondern es sind allein der Bundeskanzler und die CDU/CSU, unter deren Erstverantwortung die Bundesrepublik zu einem festen Damm gegen den Bolschewismus und zur Basis der deutschen Wiedervereinigung in Frieden, Freiheit und Sicherheit geworden ist, auf die auch die Bevölkerung der Sowjetzone ihre ganze Hoffnung setzt.

KOMMUNISTISCHE WAHLHILFE — ABGELEHNT UND DOCH ERWÜNSCHT

Fast jeden Tag bemüht sich irgendein Sprecher der Sozialdemokratischen Partei, der Öffentlichkeit klarzumachen, daß die von Pankow aus an die ehemaligen kommunistischen Wähler in der Bundesrepublik ergangene Aufforderung, am 15. September sozialdemokratisch zu wählen, eine „Wahlhilfe für die CDU/CSU“ sei.

Um diesen Kampf mit der Logik wird die SPD-Sprecher niemand beneiden. Es ist natürlich ungemein schwer, der Öffentlichkeit begreiflich zu machen, daß die eigene Partei die kommunistische Wahlhilfe ablehnt und gleichzeitig sehr konkret mit ihr rechnet. Der parteioffizielle „Vorwärts“ vom 16. August beschäftigte sich in einer Wahlanalyse mit den vermutlichen Aussichten der Sozialdemokratischen Partei. Er meinte u. a., in Nordrhein-Westfalen befände sich die SPD „in einer wesentlich günstigeren Ausgangsposition als vor vier Jahren“. Weiter hieß es:

„Das Ergebnis der Wahlen in einigen der genannten nordrheinisch-westfälischen Wahlkreise könnte auch von den Stimmen beeinflusst werden, die durch das Verbot der KP freigeworden sind. 1953 hatte die KP im Landesdurchschnitt einen Stimmenanteil von 2,2 Prozent zu verzeichnen, doch lag dieser in einigen Wahlkreisen wesentlich höher, beispielsweise in Remscheid-Solingen (12,1 Prozent) und in Wuppertal (4,5 bzw. 4,9 Prozent). In Betracht zu ziehen wäre auch die Auflösung der Gesamtdeutschen Volkspartei Gustav Heinemanns, die 1953 im Landesdurchschnitt 1,4 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte.“

So beurteilt also selbst das parteiamtliche Organ die kommunistische Wahlhilfe für die SPD, die laut SPD-Presseschef Heine und anderen ein „Geschenk für Adenauer“ sein soll.

DAS CHRISTLICHE IN DER SPD

Im Rahmen eines in Nidda/Hessen von der SPD organisierten „Festes der Schaffenden“ fand als Sonderveranstaltung eine „Begegnung der Gutwilligen“ statt. Zweck dieser Veranstaltung, die unter Leitung des SPD-Bundestagsabgeordneten Pfarrer a. D. Dr. Fritz Wenzel, Braunschweig, stand und von ihm mit dem Thema „Sozialdemokratie und Christentum“ eröffnet wurde, war, das „Christliche in der SPD“ entsprechend zu beleuchten. Es handelt sich dabei um die gleiche

SPD, die in ihrem Parteihaus in Frankfurt/Main eine „Arbeitsgemeinschaft Jugendweihe“ unterhält.

Zu dieser Veranstaltung ergingen persönliche Einladungen an alle Pfarrer und Lehrer. In diesem Zusammenhang schrieb der evangelische Pfarrer von Dauernheim der Redaktion der Büdinger Zeitung folgenden Brief: „Mit der Post erhielt ich heute, 9. August, und vermutlich auch die übrigen Pfarrer des Kreises eine Einladung der SPD, Unter-Bezirk Friedberg-Büdingen, zu einer Begegnung der Gutwilligen. Leider hat die SPD diese Begegnung in Nidda auf einen Zeitpunkt gelegt, wo sie genau wissen müßte, daß während dieser Zeit jeder evangelische Pfarrer im Gottesdienst seiner Kirche steht, also keinesfalls an dieser Veranstaltung teilnehmen kann. Sollte dies nur eine Gedankenlosigkeit oder die Macht der Gewohnheit sein, oder aber ist dies vielleicht gar Absicht, damit man nachher behaupten kann, die evan-

„Viele Stimmen reden auf uns ein: der Marxismus sei eine seinerzeit bedeutsame, heute aber überholte Auffassung . . ., man könne den Kapitalismus des 20. Jahrhunderts nicht mit den Mitteln des 19. Jahrhunderts bekämpfen. Also sollten wir offen erklären: Mit Marxismus haben wir nichts mehr zu tun! Nun, eine solche Forderung unbesehen zu erfüllen, scheint mir zu bedeuten, daß wir unsere Tradition, aber auch unser Wahrheitsgefühl und den Sinn für wissenschaftliche Grundlagen des Sozialismus beiseite werfen würden, und vor allen Dingen jedes Solidaritätsgefühl.“

Willi Eichler, Mitglied des Bundesvorstandes der SPD, auf dem Berliner SPD-Parteitag am 22. 7. 1954

gelischen Pfarrer gehörten nicht zu den Gutwilligen? Damit nicht etwa eine Diffamierung evangelischer Pfarrer daraus erfolgt, stelle ich hiermit öffentlich die Tatsache fest, daß die SPD eine Veranstaltung, zu der sie Pfarrer einlädt, ausgerechnet auf die gottesdienstliche Zeit legt.“

Dr. Wenzel kam in seiner Einführungsrede zur „Begegnung der Gutwilligen“ zu der Schlußfolgerung, daß Sozialismus „lebendiges Christentum“ sei. Staatsanwalt Weiland (SPD) meinte sogar kürzlich in Limburg, die christliche Grundhaltung der SPD sei ebenso selbstverständlich wie die demokratische. Und doch hat wohl keiner das „lebendige Christentum“ in der SPD und dem DGB jemals deutlicher gemacht, als der Genosse Walter Freitag, der ehemalige 1. Vorsitzende des DGB, der einmal verkündete, daß in ihren Reihen auch Platz für solche mit „religiösen Anwandlungen“ sei.

NEUE SCHIKANEN DER SED GEGEN DIE EVANGELISCHE KIRCHE

Der Kampf der kommunistischen Behörden gegen die evangelische Kirche in Mitteldeutschland (siehe „Evangelische Verantwortung“ Nr. 8/57, S. 5 ff.) strebt offenbar einem neuen Höhepunkt entgegen. So hat das „Staatssekretariat für Kirchenfragen“ jetzt einen Entwurf ausgearbeitet, nach dem die Zuschüsse des Staates an die evangelische Kirche (die seit 1953 um mehr als 40 % gekürzt wurden und vom 1. Juli d. J. an nicht mehr an die Gesamtkirchenleitung, sondern nur noch an die einzelnen Landeskirchen gegeben werden) künftig von den Kreisen an die Kirchengemeinden ihres Bereiches zu zahlen sind. Sollte diese Verordnung in Kraft treten, so wird die evangelische Kirche der Sowjetzone dadurch schwerer getroffen werden als durch alle bisherigen finanziellen Einschränkungsmaßnahmen des Pankower Regimes; denn es wird zweifellos das Interesse der Kommunen und Kreise sein, aus dem geringen eigenen Steueraufkommen nur verhältnismäßig kleine Summen an die Kirche zu zahlen. Hintergrund dieser von der SED vorbereiteten Maßnahme ist fraglos das Bemühen, allmählich die

Widerstandskraft der Pfarrer und Gemeinden zu brechen und die Errichtung einer sogenannten Staatskirche in der Sowjetzone vorzubereiten.

Das sowjetzonale Verkehrsministerium hat überraschend angeordnet, daß Mitarbeiter und Insassen kirchlicher Heime ab sofort keinen Anspruch mehr auf verbilligte Ferienfahrkarten haben.

Für die Vorbereitungsstunden zur „Jugendweihe“, die im Oktober wieder beginnen, hat in der Sowjetzone eine neue Werbekampagne eingesetzt. Die Öffentlichkeit wird darauf hingewiesen, daß die „Jugendweihe“ nicht nur ein Anliegen der Schule und der Lehrer, sondern „ureigenste Angelegenheit aller Werktätigen“ sei. Der Einfluß der Arbeiterklasse bei der Durchführung der Vorbereitungsstunden müsse deshalb verstärkt werden. Wenn man sich nicht systematisch mit den Problemen der „Jugendweihe“ auseinandersetze, würde die „bürgerliche Ideologie“ weiterhin spürbar zum Zuge kommen.

Verschiedene Landeskirchen der Sowjetzone haben erneut gegen die zahlreichen Schikanen der Kommunisten, insbesondere gegen die von den sowjetzonalen Zeitungen veröffentlichten Verleumdungen gegen den Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Dibelius, protestiert. So wandte sich der Generalsuperintendent der Kurmark, D. Braun, in einem Brief an die Behörden in Potsdam gegen die in der „Märkischen Volksstimme“ aufgestellten Behaup-

tungen: Bischof Dibelius verherrliche den Krieg und sei „Steigbügelhalter der NATO-Kriegstreiber“. Jedermann in Mitteldeutschland, so betont Generalsuperintendent Braun, wisse, daß Bischof Dibelius in zahlreichen Predigten gegen jede Form des Hasses gesprochen habe. „Unser Bischof hat allen Verleumdungen diejenige Antwort gegeben, die einem Bischof ziemt. Er hat zur Fürbitte aufgerufen, auch für die, die uns ständig beleidigen und verfolgen.“

„DER FRIEDE GOTTES ALS DIE KRAFT DES WEHRHAFTEN MANNES“

Das Folgende ist ein Auszug aus einem Vortrag, den der hessische Kirchenpräsident D. Martin Niemöller D. D., damals Pfarrer in Berlin-Dahlem, anläßlich der Deutschen Evangelischen Woche im August 1935 in Hannover gehalten hat.

Wir, die wir den letzten Krieg mit all seinen Schrecken und mit all seinen furchtbaren Auswirkungen und Nachwirkungen mit durchlebt und durchlitten haben, wir, die wir wahrhaftig zu wissen meinen, daß der Krieg ein Übel, und zwar ein ganz furchtbares Übel unter den Übeln dieser Welt ist, in der wir leben, wir sind gewiß dagegen gefeit, den Krieg zu verherrlichen oder als einen gesunden Aderlaß oder als ein heilsames Mittel zur Ausscheidung untüchtigen Lebens zu verharmlosen. Wir wissen vielmehr, wie dieser letzte Aderlaß unser Volk an den Rand des Grabes gebracht und wie der Tod sich keineswegs diejenigen ausgesucht hat, auf deren Dienst und Mitarbeit wir als Nation mit verhältnismäßig leichtem Herzen verzichten könnten. Und so haben wir wahrhaftig beten gelernt, Gott möchte uns und unser Volk vor solchem Übel gnädig bewahren und alle menschlichen Anstrengungen segnen und mit Erfolg krönen, die eine Wiederkehr des unermeßlichen Unheils und Leidens zu verhüten suchen. — Denn freilich, daß alle nur menschlichen Bemühungen doch nicht dahin führen, die Kriegsgefahren aus der Welt zu schaffen und den Streit der Völker friedlich zu schlichten, das ist für uns heute wieder zur schmerzlichen Erkenntnis geworden. Und daß ein wehrloses Volk eine ständige Versuchung und ein dauernder Anreiz zu kriegerischen Überfällen ist und bleibt, haben wir als eine Tatsache anzuerkennen, die sich als stärker erweist als alle weltbeglückenden Pläne und Programme jener Optimisten, die da meinen, es müsse nur einer den Anfang machen, dann würde sich das übrige schon von selbst entwickeln.

Die Bemühungen um einen dauerhaften Frieden zwischen den Völkern werden ja nicht aufhören und sollen auch nicht aufhören; und wer ernsthaft daran arbeitet, soll unseres Dankes und unserer Fürbitte gewiß sein. Aber das wissen wir als Christen, daß auch dies irdische Bemühen in einer gefallenen Schöpfung und darum unter dem Gesetz Gottes geschieht: „Im Schweiß deines Angesichts sollst du dein Brot essen!“ und daß der Erfolg immer ein widerwärtiger bleibt, wie bei allem, was wir tun und beginnen. Denn über all unserem Mühen steht das Wort von dem Acker, der uns nicht nur das Brot gibt, sondern auch Dornen und Disteln trägt; und vor dem Garten Gottes steht der Cherub mit dem bloßen Schwert, der all unsren Versuchen, mit Gewalt hineinzudringen und das Paradies wiederzugewinnen, das Nein Gottes entgegenstellt. Das heißt aber: Es ist eine gefährliche und unverantwortliche Utopie, wenn wir so tun wollten, als lebten wir in einer Welt des Friedens; wie es eine mehr als bedenkliche Illusion wäre, wenn wir uns so einrichten würden, als gäbe es weder Mord noch Ehebruch, noch Diebstahl, noch Verleumdung, kurz: als gäbe es kein Böses in dieser Welt, weil Gottes Gebot das alles ja verbietet. Gott hat die von ihm geschaffene und von ihm abgefallene Welt unter das Gesetz gestellt und der Obrigkeit den Befehl gegeben, das Gesetz zu hüten und dem Bösen zu wehren. Dazu trägt sie das Schwert, dazu hat sie Polizei und Gerichte und Gefängnisse und Henker. Und so hat die weltliche Macht des Staates auch das Leben des Volkes zu schützen und notfalls mit der Waffe, die ihr gegeben ist, zu verteidigen; und wir sind ihr zu dem Dienst verpflichtet, den sie dazu von uns fordert!

Gewiß, diese Macht kann mißbraucht werden wie jede Macht und Gabe, die Gott in Menschenhände legt; ein Krieg kann ein furchtbares Verbrechen sein, er kann aber auch ein Notwerk sein, dem sich ein Staat um Gottes willen unterziehen muß, wenn er sich nicht seinem göttlichen Auftrag versagen

will. Denn Aufgabe der weltlichen Macht ist es nicht, das Unrecht geschehen zu lassen, sondern dem Unrecht zu wehren; und dieser Auftrag findet in dieser Weltzeit und auf dieser Erde kein Ende und keine Abänderung; höchstens, daß sich die Mittel, die zu seiner Erfüllung nötig sind, im Lauf der Zeiten wandeln. Jedenfalls ist es heute nicht nur erlaubt, sondern geboten und notwendig, daß ein Staat, der den Auftrag hat, ein großes Volk vor dem Unrecht zu schützen, dafür Sorge trägt, daß er — für den Fall, daß alle anderen Mittel nicht mehr ausreichen — über eine Wehrmacht verfügt, die eine Warnung darstellt an alle, die sich mit bösen Plänen tragen, und die nötigenfalls einem Angriff auf Recht und Leben der Nation kämpfend begegnen kann.

Ich weiß wohl, daß hierzu noch viel zu sagen wäre; aber diese Darlegung erschien mir unumgänglich, wenn wir als Christen von der Kraft des wehrhaften Mannes sprechen wollen. Wäre Kriegsdienst an sich wider Gottes Gebot, d. h. Sünde, dann hätten wir gar nichts dazu zu sagen, sondern könnten nur warnen, sich nicht leichtfertig mit dem Teufel einzulassen. Aber es geht hier um ein echtes weltliches Amt, das für diese Welt nötig ist und das ebensowenig mit dem Hinweis auf das Fünfte Gebot: „Du sollst nicht töten!“ abgetan werden kann, wie das Richteramt unter Jesu Wort fällt: „Richtet nicht, so werdet ihr nicht gerichtet!“ — Wir stehen also nicht uninteressiert beiseite, wenn unser Staat zur Wehrhaftigkeit und zur Wehrpflicht seiner Bürger zurückkehrt; wir denken auch nicht daran, uns hier mit der Bitte zu begnügen: „Erlöse uns von dem Übel!“, ob wir schon wissen, daß alles Kriegführen wie alles irdische Richten und Strafen eine Folge der Sünde und darum ein Übel ist und bleibt; wir sehen vielmehr in dem wiedererstandenen Wehrwillen unseres Volkes und Staates eine Rückkehr in die harte Wirklichkeit einer Welt, die keinen wahren Frieden kennt und dem Übel immer nur wehren, aber es nicht fortschaffen kann; und wir sehen in dem wehrhaften Mann, der die Waffe trägt im Dienst der Nation, den christlichen Bruder, dem mitten in seinem weltlichen Amt die frohe Botschaft von Jesus Christus gilt...

Wir kennen Männer in der deutschen Geschichte, auf die das deutsche Volk immer stolz sein wird, und in denen es immer beste deutsche Art verkörpert finden wird, Männer, die im Grunde ihres Herzens und Wesens glaubende Christen waren, ohne daß sie das gehindert hätte, wehrhafte Männer zu sein. Zu ihnen gehört vor allen anderen unser deutscher Reformator D. Luther, wenn er auch selbst kein Kriegermann von Beruf war. Und um nur noch zwei Namen, die wir alle kennen, danebenzustellen, deren Träger große Soldaten, d. h. im Vollsinn Verkörperungen des wehrhaften Mannes gewesen sind, und die ihren christlichen Glauben in ausgesprochenem Widerspruch gegen den Geist ihrer Zeit nicht nur festgehalten, sondern gelebt haben: der alte Zieten im Zeitalter Voltaires und der alte Hindenburg in unserem Zeitalter. Für beide ist ihr Christenglaube nicht nur eine veraltete Weltanschauung gewesen, wie ihre Zeit das glauben machen wollte, sondern die gestaltende und tragende Kraft ihres Manneslebens. Doch am Ende möchte das ein Irrtum gewesen sein, eine jener nicht seltenen Selbsttäuschungen über unser eigenes Wesen; vielleicht war es doch nur ein Zufall, daß gerade diese beiden Christen festgestanden haben, wo um sie her und unter ihnen alles wankte? — Jedenfalls müssen wir über diese einzelnen Beispiele hinaus zu einer grundsätzlichen Betrachtung kommen.

Die Frage ist uns gestellt, ob ein Christ ein wehrhafter Mann und ein wehrhafter Mann ein Christ sein könne! In dieser Frage liegt bereits beschlossen, daß Wehrhaftigkeit mehr bedeutet als den Besitz der Waffe und die Fähigkeit, sie sach-

gemäß zu gebrauchen. Ein noch so gut ausgerüstetes, noch so gut ausgebildetes, noch so gut erzogenes Heer bedeutet noch keine Garantie dafür, daß sich die Truppe „gut schlägt“. Wir kennen aus der Geschichte mannigfache Beispiele dafür, daß sich völlig überraschend im Augenblick, wo es ernst wurde, eine innere Schwäche und Brüchigkeit offenbarte, die zur Katastrophe führte, daß es einfach an einer letzten inneren Kraft fehlte, die den vollen Einsatz nun auch in der Tat gewagt und bis zum letzten Ende bewährt hätte. Und wir tun schon recht daran, wenn wir zur Wehrhaftmachung unserer Nation auch und vor allem die Bemühungen rechnen, die die geistige Wiederaufrüstung betreiben, die die Liebe zu Volk und Land, den Willen zum Opfer und zur Hingabe und die Entschlossenheit, das Wohl des Ganzen über das Glück des einzelnen zu stellen, wecken und stärken wollen. Und gerade bei diesem Bemühen stoßen wir auf die Frage, ob hier nicht der christliche Glaube ein schweres und dauerndes Hemmnis sei. — Denn wenn wir den Geist der Wehrhaftigkeit schaffen und in die Seelen pflanzen wollen, dann müssen wir die Menschen dafür begeistern; wenn wir die Liebe zu Volk und Land wecken und so stark machen wollen, daß wirklich höchste Opfer gebracht werden können, dann werden wir naturgemäß diese Güter als höchste und letzte Werte hinstellen; wenn wir das Leben des einzelnen fordern um des Lebens des Ganzen willen, dann werden wir zu dem Glauben aufrufen: Du bist nichts, dein Volk ist alles! Wie aber soll der Christ damit zurechtkommen, dem doch Vaterland und Volk, wenn er seinen Christenglauben ehrlich meint, keine wahrhaft letzten Werte sein können, weil er seine tiefsten Wurzeln und sein höchstes Ziel in einer anderen Welt hat, und weil der Geist, der ihn regiert, nicht aus dieser Welt stammt und nicht der Geist unseres Blutes und unseres Volkes ist. Wir sagen dazu zunächst: Jawohl, es ist so! Wir sind nicht in der Lage, uns an einer Begeisterung zu beteiligen, die um den Preis zustande kommt, daß wir uns kopfüber in eine unbedingte Diesseitigkeit hineinstürzen, um darin entweder obenzubleiben oder unterzugehen; wir glauben gewiß nicht, daß das Leben der Güter höchstes sei; wir glauben aber auch nicht, daß Volk und Vaterland in dem Sinne alles seien, daß darin nicht allein unsere Aufgabe, sondern auch unsere Kraft und unsere Hoffnung beschlossen lägen. Ja, wir warnen sogar davor, weil wir die Wahrheit des Prophetenwortes kennen, daß das Menschenherz ein trotziges und verzagtes Ding ist, das sich heute als König vorfindet und morgen als Bettler, das sich eben noch für einen starken Helden hielt, um sich im nächsten Augenblick als ein kümmerlicher Wurm zu fühlen. Wir haben zuviel Begeisterung, ehrliche und starke Begeisterung kennengelernt, um zu meinen, daß sie als Quelle der Kraft auch da noch ausreiche, wo unsere Hoffnung am Ende ist; und wir wissen auch davon zu reden, daß die letzte Kraftreserve, die wir aus uns herausholen können, jener erbitterte Widerstandswille, der mit zusammengebißenen Zähnen selbst in völlig hoffnungsloser Lage noch eine Weile kämpfend aushält, bis die letzte Patrone verschossen ist, nicht vor der endlichen Verzweiflung bewahrt.

Wir wissen aber nicht nur dies, sondern auch, daß das Wort von dem trotzigem und verzagtem Menschenherzen kein letztes und abschließendes Wort ist. Es ist nur so lange das Ende unserer Weisheit und Kraft, als wir unsere Kraft in uns selber suchen und mit unserer Hoffnung an diese sichtbare Welt gewiesen bleiben. Damit sind wir allerdings einer inneren Unsicherheit und Friedlosigkeit ausgeliefert, die hin und her treibt zwischen Furcht und Hoffnung, Mut und Verzagenheit. — Das Bild des wehrhaften Mannes aber sollte wirklich anders aussehen, als es sich uns so darstellt; es sollte nicht die Züge unseres bald trotzigem, bald verzagtem Herzens widerspiegeln, sondern erkennen lassen, daß wir als wehrhafte Männer dort, wo wir die Waffe tragen und führen, in einem Amte stehen, das Gott dem Staate und durch ihn uns gegeben und anbefohlen hat; und dann müßte es sich ja wohl auch in diesem Amte erweisen, daß „ein Mensch Gottes sei vollkommen zu allem guten Werk geschickt“. Ich denke an Dürers Stich „Ritter, Tod und Teufel“; da haben wir den christlichen Kriegermann vor uns und wissen: hier ist die Kraft des wehrhaften Mannes vollendet zum Ausdruck gekommen; hier baut das männliche Herz nicht auf den eigenen Heldenmut, und darum ist es auch nicht in Gefahr, daran zu verzagen; und hier schaut die Hoffnung nicht auf die Gunst oder Ungunst der Lage, und darum

wird sie auch nicht aus Erfolg oder Mißerfolg leben oder sterben; hier wirkt eine andere Kraft, denn hier ist Friede, innerster Friede und letzte Gewißheit. „Die Gottlosen aber haben keinen Frieden, spricht der Herr!“ — Das ist ja die frohe Botschaft, von der wir als Christen leben, daß wir um Jesu Christi willen Vergebung der Sünden haben, daß damit der hoffnungslose Kampf unseres Lebens zum Ende gekommen ist, der Kampf des Geschöpfes gegen den Schöpfer, der Kampf des Menschen gegen Gott.

Wir haben Frieden mit Gott, und von diesem Frieden werden wir getragen in allem Kampf, den wir im Gehorsam gegen Gottes Ordnung und Gebot zu kämpfen haben. Gerade weil wir wissen, daß wir in unserem irdischen Dienst und Kampf mitten im Frieden Gottes stehen, gerade weil wir vertrauen, daß nichts als unsere eigene Untreue uns von diesem Frieden trennen kann, vermögen wir das, was wir tun sollen, mit einer ganzen und unbedingten Hingabe zu tun. Wir haben den Rücken frei und brauchen uns nicht ängstlich umzuschauen, ob die anderen uns auch nicht im Stich lassen. Hier gibt es eine allerletzte Kraft des Widerstandes gegen alle Verzweiflung, die nichts mit Übermut und Trotz zu tun hat, sondern ganz demütig und wahrhaft männlich ihr Werk ausrichtet im Frieden Gottes: „Es kann mir nichts geschehen, als was Er hat ersehen und was mir selig ist!“ Und hier gibt es eine allerletzte freudige Bereitschaft, den Kampf aufzunehmen, in den unser Amt uns stellt, ohne daß wir genötigt wären, erst unsere Hoffnung auf Erfolg durch menschliche Begeisterung zu unterbauen: „Ich vermag alles durch den, der mich mächtig macht, Christus“...

Ob Frieden oder Krieg unsrer warten, steht nicht bei uns; aber gewiß gehen wir keinen leichten, sondern harten Zeiten entgegen; wir werden einen Existenzkampf zu führen haben bis aufs Blut und stehen wohl schon mitten drin; und da, wo heute noch frischer Mut oder auch schon verbissener Trotz sich finden, wird viel Mißmut und Verzagenheit an den Tag kommen. — Das sind aber die Zeiten, in denen es heißt: Die Christen an die Front! Und es wird sich hier beweisen müssen, ob der Friede Gottes die Kraft ist, in der wir unserem Volk und Reich in echter Wehrhaftigkeit dienen: gehorsam, tapfer, furchtlos und treu. Gott aber helfe uns dazu!

Evangelisches Kirchen-Lexikon

Kirchlich-theologisches Handwörterbuch
in 3 Bänden

Herausgegeben von Präsident D. Heinz
Brunotte und Professor D. Otto Weber

Der erste Band (A-G) liegt vor

Er kostet bei Subskription auf das Gesamtwerk
in Leinen 68,90 DM, in Hldr. 72,— DM

Band II (H-O) erscheint im Herbst 1957

Umfang und Preis etwa wie bei Band I

Band III (P-Z) erscheint Ende 1958

**VANDENHOECK & RUPRECHT
GÖTTINGEN**